



Seit jeher prägen Baugesetze und -ordnungen das Erscheinungsbild von Bauten und Städten. Neben Brandschutz, Hygienevorschriften und Eigentumsrecht hatte auch das Steuerrecht großen Einfluss darauf, wie Fassaden ausgebildet, Grundstücke parzelliert und Stadträume durch Abstände und Baufluchten gebildet werden.

Mit der Charta von Athen entstand 1933 ein Ordnungsprinzip, dessen Leit- und Grundsätze – Funktionstrennung von Wohnen, Arbeit, Erholung und Verkehr sowie aufgelockerte Bebauung für Licht, Luft und Sonne – die Grundlage für die Gestaltung der Städte seit der Mitte des letzten Jahrhunderts bildeten und sich über die Jahrzehnte in Stadtplanung, Politik und Baurecht verfestigten.

Während die Funktionstrennung rigoros umgesetzt wurde und erst in jüngster Zeit diesbezüglich ein Umdenken einsetzt, wurde ein wichtiger politischer Anspruch, der im vorletzten Leitsatz der Charta von Athen formuliert war, bis heute nicht eingelöst, nämlich die „Notwendigkeit, das Verfügungsrecht über den städtischen Grund und Boden gesetzlich so zu regeln, daß die Lebensbedürfnisse des Einzelnen mit den Ansprüchen der Gemeinschaft in Einklang gebracht werden“.

Ausgangspunkt des Städtebaus bildet bis heute die Wohnung für die Kernfamilie mit festgelegten Mindeststandards. Doch die Lebensbedürfnisse des Einzelnen wie die Ansprüche der Gemeinschaft haben sich grundlegend gewandelt. Stadtplanerische Grundprinzipien und baurechtliche Regulierungen halten mit der Entwicklung zur postindustriellen Gesellschaft kaum Schritt, die baurechtliche Unterscheidung von Wohn- und Gewerberäumen wird einer digitalen und mobilisierten Arbeitswelt nicht gerecht, veraltete Bauregulierungen stehen der Lösung der Wohnungsnot entgegen, die durch Migration und fortschreitende Urbanisierung entstanden ist.

Architektur kann sich den verfestigten gesetzlichen Regulierungen unterwerfen, sie subversiv unterlaufen oder sie sichtbar machen und neu verhandeln. Die Frage nach Gesetz und Recht steht in engem Zusammenhang mit dem politischen Programm der Architektur. Sie kann überholte Gesellschaftsmodelle durch bauliche Materialisierung reproduzieren oder Gesetzgebungen in Frage stellen, neue Rahmenmodelle entwickeln und zukünftige Perspektiven aufzeigen. Dabei kann es nicht nur um Fragen von Architektur und Stadtplanung im engeren Sinne gehen, sondern auch darum, Leitsätze, Gesetzmäßigkeit und Rechtsverständnisse als Katalysator für die aktuellen globalen Herausforderungen zu entwickeln.

# Architektur ist: GESETZ

PROJEKTGRUPPE 5